

Effiziente Verwaltung und kommunale Pflichtaufgaben

Die aktuelle Lage

Viele Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg haben auf dem Weg zu einer effizienten Verwaltung noch große Anstrengungen zu unternehmen. Der Druck wächst, da die Kommunen aufgrund neuer Bestimmungen von Bund und Land, insbesondere aber durch Vorgaben der EU stetig neue Aufgaben erhalten. Dies führte und führt in den meisten Orten zu einer kontinuierlichen Vergrößerung der Kommunalverwaltung. Die Möglichkeiten, Aufgaben unter Einschaltung von Privaten erledigen zu lassen, werden nicht hinreichend untersucht und genutzt. In Frage kommen z.B. Pflegedienste von Straßen und Grünanlagen, oder auch Reinigungs- und Hausmeistertätigkeiten. Manche Städte und Gemeinden erkennen noch nicht, dass kommunale Aufgaben mit dem Ziel einer effizienten Verwaltung, auch durch Private oft kostengünstiger und damit besser erledigt werden können.

Liberale Grundsätze

Eine schlanke Verwaltung konzentriert sich auf ihre unabdingbaren Kernaufgaben, die aufgrund ihres hoheitlichen Charakters nicht auf Private übertragen werden können. Die FDP ist der Überzeugung, dass z.B. Gärtnereien, Vermessungsämter oder Kantinen nicht von den Kommunen betrieben werden müssen. Ob freiwillige kommunale Leistungen ihren angedachten Zweck noch erfüllen, ob sie zeitgemäß sind und ob das Verhältnis von Personal- und Kostenaufwand noch im angemessenen Nutzwert steht, muss regelmäßig überprüft werden. Die Einführung neuer freiwilliger Leistungen sollten mit einem Fristablauf versehen werden. Eine große Vielzahl freiwilliger kommunaler Leistungen liegt in der Unterstützung der Tätigkeit von Institutionen, Vereinigungen und freien Initiativen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit sowie in der Sozial- und Gesundheitspolitik, im kulturellen Bereich und in der Umweltpolitik. Hier ist sicherlich auch eine regelmäßige Überprüfung der freiwilligen Leistungen geboten, allerdings sollte beachtet werden, dass viele Beziehungen zum Ehrenamt bestehen und solche freiwilligen Leistungen bereits im Grenzbereich zur

Pflichtaufgabe sind. Die FDP fordert, alle kommunalen Leistungsbereiche dahingehend zu untersuchen, ob sie auf Private übertragen werden können. Kommunale Privatisierungsbeiräte oder Strukturkommissionen können zielführende Weichen auf dem Weg zu schlanken Verwaltungen sein.

Zur Situation in Waiblingen

Obwohl die Bevölkerungszahl seit Jahren mehr oder wenig unverändert ist, steigt die Zahl der städtischen Mitarbeiter stetig. Dies ist nur zum Teil auf den Ausbau der Kleinkindbetreuung zurückzuführen. Ein deutliches Bemühen, sich mit dem Anwachsen des Personalbestands und den damit verbundenen Konsequenzen für den Verwaltungshaushalt auseinander zu setzen, ist nicht zu erkennen.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Die FDP Waiblingen fordert, dass der Verweis auf Städte mit noch höheren Personalausstattungen bei vergleichbarem Profil aufhören muss. Die Benchmark für Waiblingen müssen vielmehr jene Kommunen sein, die es geschafft haben, mit weniger Mitarbeitern eine effiziente Verwaltung zu organisieren. Um das Ziel einer schlanken Verwaltung zu erreichen, ist ein Aktionsplan mit klaren Zielsetzungen zur Personaleffizienz und Erschließung von Rationalisierungspotentialen erforderlich. Ebenso bedarf es kontinuierlich einer kritischen Prüfung, wo eine Erledigung von Aufgaben durch private Unternehmen kostengünstiger möglich ist. Im Idealfall verbleibt bei der Stadt lediglich die Kontrolle über die tatsächliche Erledigung der Aufgabe bei gleichzeitig planungssicherer Kostenklarheit. Die Chancen einer schlankeren Kommunalverwaltung, sich auf die zügige Erledigung ihrer Kernaufgaben zu konzentrieren, müssen erkannt werden.